

Gerhard Kruij

Widerstand gegen Betriebsstillegungen - sozialetisch relevante Lernerfahrungen. Ein Kommentar

Ein Widerstand gegen Betriebsstillegungen hat selten direkten Erfolg. Bischofferode ist dafür nur eines von vielen Beispielen. Je nach Mobilisierung der Öffentlichkeit und erreichter Solidarisierungseffekte im Geflecht politischer Machtkämpfe können zwar Verbesserungen bei den Sozialplänen und der Strukturpolitik, gelegentlich auch eine zeitliche Streckung der Stilllegung erreicht werden, selten jedoch die von den Betroffenen vorrangig geforderte Bestandserhaltung. Trotzdem ist es keine nachträgliche Mythenbildung, wenn von Betroffenen und politisch Engagierten auch nach dem "Scheitern" behauptet wird, der Kampf habe "etwas gebracht".

In der Tat: wo Menschen aufstehen, weil sie sich nicht gefallen lassen, daß über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, die sie existenziell angehen, werden Prozesse der Subjektwerdung und Solidarisierung ausgelöst, die über ihren Anlaß weit hinauswirken. Weil der ohnehin nicht so üppige Lebensstandard von Arbeiterfamilien bedroht, ihre Identität durch den Verlust des Arbeitsplatzes in Frage gestellt und sogar der Fortbestand einer ganzen Region als der "Heimat" der Betroffenen gefährdet wird, kann auf einen Schlag klar werden, was im Leben eigentlich wichtig ist. Dann wird ein alle Dimensionen des

Menschseins umfassendes Lernen möglich, das viele der Beteiligten vorher sich selbst wahrscheinlich gar nicht zugetraut hätten. Reinhard Hedden, Wolfgang Hindrichs und Claus Mäulen beschreiben dies in ihrem Beitrag ebenso eindrücklich und überzeugend wie eine vom Oswald-von-Nell-Breuning-Haus und dem Forum der Arbeit im letzten Jahr herausgegebene Dokumentation eines Hearings zum Arbeitskampf um die Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven¹. Aus beiden Texten wird auch deutlich, daß viel zu wenig geschieht, um solche Erfahrungen gemeinsam mit den Betroffenen in ihrer sozialetischen - und im Zusammenhang kirchlicher Kommunikationsräume auch in ihrer theologischen - Bedeutung zu reflektieren. An dieser Stelle können hierfür natürlich nur wenige Gedanken beigetragen werden.

Männer und vor allem auch Frauen, die ihre Lebensumstände und immer schon begrenzten Chancen vielleicht als "natürlich" hingenommen hatten, entdecken im Widerstand gegen Betriebsstillegungen, daß sie nicht nur Objekte anonymer gesellschaftlicher Veränderungen oder willkürlicher politi-

¹ Was bleibt? Dokumentation eines Hearings zum Arbeitskampf um die Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven, Wissenschaftliche Arbeitsstelle Oswald-von-Nell-Breuning-Haus und FORUM DER ARBEIT (Hrsg.), Herzogenrath 1993

scher Entscheidungen bleiben müssen, sondern sich als Subjekte, als reflektiert Handelnde, in den Kampf um bessere Lebensbedingungen einbringen können. Sie erfahren dabei ihre je eigene Stärke, aber auch familiäre, betriebliche, lokale und regionale Solidarität. Sie erleben sich selbst als Menschen, die auf einmal ihre Interessen artikulieren, sich als Betroffene in der Öffentlichkeit zu Wort melden und Veranstaltungen organisieren. Viele zunächst zersplitterte Interessen verdichten sich zu einem gemeinsamen Anliegen. Es gelingt, kreativ neue Aktionsformen zu entwickeln und Konflikte auszutragen, anstatt immer alles "zu schlucken". Die Menschen werden kritisch gegenüber "denen da oben" (Gewerkschaftsführer manchmal eingeschlossen), denen sie vorher mehr oder weniger blind vertraut, an deren Macht und Kompetenz sie trotz der immer bewußten Distanz kaum ernsthaft gezweifelt hatten. Viel Enttäuschung ist dabei zu verarbeiten, vor allem wenn der bis an die Grenzen gehende Kräfteinsatz am Schluß doch nicht den gewünschten Erfolg bringt. Was aber offenbar über diese Frustrationen hinaus bleiben kann, sind selbstbewußtere, politisch erfahrenere Individuen, die trotz drohender Arbeitslosigkeit und "abhängiger" Beschäftigung den Anspruch erheben, als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Gemeinwesens ernst genommen zu werden. Sozialethisch relevant sind solche Lernerfahrungen deshalb, weil sich die Beteiligten darüber klar werden,

daß auch politische und wirtschaftliche Entscheidungen, gesellschaftliche Institutionen und Strukturen eine moralische Dimension besitzen, für deren Hinterfragung sie allein schon deshalb Kompetenz mitbringen, weil sie von ihnen massiv betroffen werden. Tatsächlich wirken sich ja die sogenannten "ökonomischen Sachzwänge" gerade wegen der Komplexität dieser Gesellschaft nicht direkt, sondern vielfach vermittelt durch mehr oder weniger willkürliche unternehmenspolitische oder parteipolitische Entscheidungen auf das Schicksal der einzelnen Betriebe aus. In einer "sozialen" Marktwirtschaft, wird mit gutem Grund den politischen Instanzen über die Setzung von Rahmenbedingungen, die Strukturpolitik, die Abfederung sozialer Lasten und die Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ein hohes Maß an Einflußnahme zugestanden. Aber auch Entscheidungen gegen staatliche Interventionen in den Marktprozeß sind genauso politische Entscheidungen wie andernorts und zu anderen Zeiten Beschlüsse für Subventionen, vor allem wenn es um das Schicksal ganzer Regionen geht. Auch wenn der Markt als ein zugegebenermaßen effektives Instrument zur schnellen und flexiblen Koordination der Bewältigung von Knappheiten in seiner relativen Autonomie bewahrt werden soll, ist dies eine mit guten Gründen immer wieder zu rechtfertigende Entscheidung. Das heißt aber: Als Betroffene klagen die von Betriebsstillegungen bedrohten Menschen stellvertretend

für andere ein, daß die Gesellschaft als Ganze die Gestaltung von Wirtschaft und Politik als eine moralisch relevante Aufgabe be- greifen muß, die sie um ihrer eigenen Menschlichkeit willen eben nicht blind einem Automatismus überant- worten darf. Dieses Bewußtsein ist entscheidend für die politische Kultur eines Gemeinwesens. So leisten diese Menschen der ganzen Gesellschaft einen wichtigen Dienst: denn sie ermöglichen Lernprozesse, die weit über den Erwerb individueller Kom- petenzen hinausgehen, weil sie ständig neu bewußt machen, daß die Menschen ihre Gesellschaft selbst hervorbringen, auch wenn sie ihnen ständig in verdinglichter Weise als Institution und gesellschaftlicher Zwang gegenübertritt. Wenigstens rudimentär kann so Wirklichkeit werden, was die Sozialenzyklika Centesimus Annus die "Subjektivität" der Gesellschaft nennt, weil nur so die "Personen" in ihrer eigenen Würde und ihrem "Vorrang vor den Dingen" zur Geltung kommen können (CA 13)².

Anders als bei gewöhnlichen Tarif- auseinandersetzungen erfahren die kämpfenden Arbeiterinnen und Ar- beiter im Widerstand gegen Betriebs- stilllegungen häufig auch die Soli- darität kirchlicher Verbände, christ- licher Gruppen und der Amtskirche. Offenbar gibt es nach wie vor in den

Kirchen eine Sensibilität dafür, wo Menschen in entscheidenden Lebens- fragen als Subjekte ernst genommen und als "Nächste" in ihren Nöten solidarisch unterstützt werden müs- sen. Wenn der Glaube eine Wirk- lichkeit meint, die letztlich nur im tätigen Einsatz für Gerechtigkeit und konsequenterweise in der Option für die Armen bezeugt werden kann, dann dürfen Christen solchen Kon- flikten nicht teilnahmslos zusehen. Im Gegenteil, aus einer theologi- schen Perspektive, einer Beurteilung im Licht des Glaubens müssen indi- viduelle und kollektive Lernprozesse der Subjektwerdung des Menschen als kleine, aber befreiende Schritte einer jetzt sich vergegenwärtigenden Vorwegnahme des Reiches Gottes verstanden werden, das der Arbeits- losenquote genausowenig "gleich- gültig" gegenübersteht wie den Welt- handelspreisen (vgl. Synodendoku- ment "Unsere Hoffnung"³). Mit der Möglichkeit der Verdeutlichung sol- cher Bezüge ist der Widerstand gegen Betriebsstilllegungen in einer Gesellschaft, die Religion und Moral tendenziell in eine irrelevante Privat- sphäre abdrängt, zugleich eine her- vorragende Chance der Evangelisie- rung. Denn hier wird exemplarisch deutlich - was so auch bei entspre- chenden Gottesdiensten und Kreuz- wegen intensiv erlebt wird -, daß der religiöse Glaube nicht nur im abge- schirmten Bereich des Kirchenrau- mes einen Sinn, sondern auch und

² Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning SJ und Johannes Schasching SJ, herausgegeben vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutsch- lands - KAB, Kevelaer (8) 1992.

³ Synodenbeschluß "Unsere Hoffnung", in: Gemeinsame Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland: Beschlüsse der Vollversammlung. Freiburg u.a. 1978, 84-111, hier: 97

vor allem für das Leben der Menschen "in der Welt" eine Bedeutung hat. Ohne dies immer wieder ans Licht heben zu können, müßte der Glaube in der modernen ausdifferenzierten Gesellschaft tatsächlich an "Bedeutung" und damit an "Wirksamkeit" verlieren.

Die mit solchem Widerstand verbundenen Lernprozesse der Betroffenen erreichen jedoch die sozial-ethisch relevante Ebene der "Subjektivität" der Gesellschaft und die theologische Dimension eines Zusammenhangs zum Reich Gottes nur dann, wenn sie die partikularen Interessen nicht nur artikulieren helfen, sondern sie auch zugunsten eines verständigungsorientierten Suchprozesses wirklich "allgemeiner" Interessen relativieren. Denn genauso wie ich ein Recht habe, in dieser Gesellschaft als Subjekt ernstgenommen zu werden, muß ich dieses Recht auch allen anderen zugestehen. Und solcher Widerstand kann auch nur dann als bruchstückhafte Verkörperung des Reiches Gottes verstanden werden, wenn er mit guten Gründen als "gerecht" ausgewiesen werden kann. Dies mag auf den ersten Blick leichter fallen, wenn man in seinen Zielvorstellungen eine Gesellschaft vor Augen hat, die ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse über den Weg einer demokratisch kontrollierten vergesellschafteten Produktion befriedigt. Realistischerweise - und erst recht nach dem "Zusammenbruch" des "real-existierenden Sozialismus" in Osteuropa und vielen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" - wird

man die Probleme der Kontrolle der dann notwendigen gigantischen Bürokratie jedoch für mindestens so schwerwiegend erachten wie die Probleme der Bewältigung der offensichtlichen sozialen und politischen "Kosten" des Einsatzes von Marktmechanismen zur Steuerung der Wirtschaftsprozesse. Akzeptiert man den Markt innerhalb freilich politisch zu setzender Rahmenbedingungen - m.E. gibt es dazu gegenwärtig keine Alternative -, dann ist der Widerstand gegen Betriebsstillegungen als Artikulation partikularer Interessen in einer demokratischen Gesellschaft zwar ohne jeden Zweifel legitim, die Durchsetzung dieser partikularen Interessen gegen ein allgemeines Interesse aber nicht in jedem Fall und nicht von vornherein auch gerecht. Bestandserhaltungsgarantien könnten beispielsweise in Konkurrenz zu notwendigen ökologischen Rücksichten oder den Interessen von Entwicklungsländern nach Abbau des Protektionismus in den Industrieländern geraten. Wenn im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Betriebsstillegungen die oben angedeuteten Lernprozesse tatsächlich stattfinden, dann werden die Betroffenen auch lernen, von ihrem lokalen Handeln her, aber über es hinaus, "global zu denken". Wenn sie aus der Position unterdrückter und verdinglichter Subjekte dafür kämpfen, daß ihre eigenen Interessen ernstgenommen werden, dann besteht die Hoffnung, daß gerade sie auch die berechtigten Interessen anderer wahrzunehmen bereit werden. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Im extremen Fall

kann dies dazu führen, daß letztlich nur der Kampf für eine bessere Verteilung der gemeinsam zu tragenden Lasten bleibt. Solche Solidarität setzt freilich zwingend transparente demokratische Entscheidungsprozesse, tragfähige soziale Absicherung in Härtefällen und vor allem die Beteiligung aller voraus. Davon, so scheint es, sind wir in unserer Gesellschaft noch weit entfernt. Aber erst, wenn dies wieder besser erreicht ist, können Menschen auch in einer sozialen Marktwirtschaft in dem Bewußtsein leben, daß "jeder aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet." (LE 14)⁴

Abkürzungen:

- CA "Centesimus annus" von
Johannes Paul II. (1991)
LE "Laborem exercens" von
Johannes Paul II. (1981)

⁴ ebd